

Ehren und erinnern. Straßennamen in der Geschichtskultur einer Stadt.

Ehre, wem Ehre gebührt. Der Titel der Ausstellung, die heute eröffnet wird, deutet an, worum es geht. Straßennamen, vor allem wenn sie die Namen historischer Persönlichkeiten tragen, werden gestiftet, um wahrgenommen zu werden und um den Namensgeber zu ehren. Eine Persönlichkeit wird auf den Sockel eines Denkmals gehoben oder auf einem Straßenschild verewigt, weil er sich nach verbreiteter Annahme verhalten hat, wie es idealerweise jeder tun sollte, aber eben nicht macht oder machen kann. Der zu Ehrende repräsentiert einen Wertbezug und dieser Auszeichnung wird Sichtbarkeit und soziale Anerkennung zuteil. Straßennamen verraten darum auch etwas über die Werthaltungen und Geschichtsbilder, die zur Zeit ihrer Stiftung gültig sind.

Mit der Namensgebung ist zugleich die Erwartung verbunden, dass die Vorbildfunktion und Erinnerungswürdigkeit auch für künftige Generationen gültig bleiben. Dem steht die Erfahrung gegenüber, dass Geschichtsbilder auch dem Wandel unterliegen können. Das gilt besonders für die Zeitgeschichte, die leicht zur Streitgeschichte werden kann, weil sie nahe am historischen Geschehen ist und darum in besonderer Weise je nach Wissens- und Erfahrungsstand revisionsbedürftig ist. Besonders für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts gilt, dass die politischen Systemwechsel zwischen Diktatur und Demokratie zu häufigen und mitunter heftigen Perspektivwechseln führten. Zwar gibt es eine Liste unveränderter, gleichsam überzeitlicher Straßennamen, von Dichtern und Denkern, auch von Offizieren und Beamten, aber daneben auch einen Katalog historisch-politisch belasteter Straßennamen, die häufiger ausgetauscht wurden. Dazu gehört nicht nur das Führungspersonal von Diktaturen von Hitler und Göring bis Stalin, Thälmann und Pieck, sondern in den letzten Jahrzehnten auch von Angehörigen von gesellschaftlichen Funktionsebenen, die die auf Massenmobilisierung und Konsens ausgerichtete NS-Diktatur mit ihrem Handeln legitimiert und gestützt haben. Dann stellt sich meist die Frage, ob im Lichte eigener Erfahrung und vertieften historischen Wissens eine gegenwärtige politische Kultur und eine jüngere Generation sich noch zu einer Werthaltung bekennen kann, die von einer historischen Person repräsentiert wird, die nach gegenwärtiger Sicht in ihrem historisch-politischen Handeln problematisch ist. Im konkreten Falle: kann man Paul von Hindenburg, der ein klassischer Repräsentant der oben erwähnten alten gesellschaftlichen Eliten war, mit

unserem heutigen Wissen um seine historische Rolle bei der Etablierung der NS-Diktatur ungeprüft und unkritisch weiterhin durch einen Straßennamen ehren oder würde man heute noch eine Straße neu nach ihm benennen?

Straßennamen sind nicht nur ein Lexikon eines begeharen und sich wandelnden Geschichtsverständnisses. Mehr noch, sie haben sich meistens tief in das kollektive Gedächtnis eingebrannt und haben die alltäglichen Erfahrungswelten der Bürger wie selbstverständlich mit geprägt, ohne dass es noch ein klares Wissen um die historische Persönlichkeit gibt, deren Name auf dem Straßenschild steht. In dem Augenblick freilich, in dem diese Gewohnheiten in der öffentlichen Debatte in Frage gestellt werden, kann allerdings ein solcher „Denkmalsturz“ zu Irritationen führen. Das erklärt die Heftigkeit vieler öffentlicher Kontroversen um die Benennung bzw. Umbenennung von Straßen und Plätzen.

Dann wird auch die Diskrepanz zwischen den Ergebnissen historischer Forschung und öffentlichem Geschichtsbewusstsein überdeutlich. Das ließ sich in den vergangenen Jahren an vielen öffentlichen geschichtskulturellen Streitfällen beobachten, wenn es um die Rolle von gesellschaftlichen Funktionsträgern aus Justiz und Polizei, aus Wehrmacht, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Stabilisierung und Legitimierung der nationalsozialistischen Konsens-Diktatur ging. Die gegenwärtige Debatte um die belasteten Straßennamen in Münster dreht sich ebenfalls mehrheitlich um die Rolle von Schriftstellern, Wissenschaftlern und Heimatdichtern, die sich dem Nationalsozialismus, aus welchen Gründen auch immer, angedient haben und die meist in den 1950er Jahren mit einem Straßennamen geehrt wurden. Anders liegt das bei Hindenburg, einer Schlüsselfigur der deutschen Zeitgeschichte, ohne dessen Entscheidung, Hitler den Weg in das deutsche Herrschaftszentrum freizugeben, die deutsche Geschichte wahrscheinlich anders verlaufen wäre. Seine Entscheidung für eine Machtübertragung, so hat vor einigen Tagen noch einmal der renommierte Verfassungsrichter Dieter Grimm in der FAZ geurteilt, belastet die Erinnerung an den Reichspräsidenten Hindenburg. Seine Ehrung durch Ehrenbürgerschaften und Straßennamen setzte schon zu seinen Lebzeiten, genauer seit 1914 ein.

Auch im Falle Hindenburgs gibt es längst keine ernsthafte geschichtswissenschaftliche Kontroverse über seine historische Rolle bei der Auflösung der ersten deutschen Demokratie mehr, wie ein Blick in die klassischen Werke von Karl-Dietrich Bracher bis Heinrich August Winkler zeigen kann. Allerdings hat die 2007 erschienene Hindenburg-Biographie von

Wolfram Pyta das kritische Bild vom politischen Handeln des Reichspräsidenten noch schärfer konturiert, weil es von einem reichen Quellenfundus gestützt wird und die Herrschaftsfunktion dieser „deutschen Unheilsfigur“ (Hans-Ulrich Wehler) analytisch noch präziser beschreibt. Es kann also im Streit um Hindenburg als Namensgeber nicht darum gehen, über geschichtswissenschaftlich vermeintlich kontroverse Interpretationen zu streiten, vielleicht noch nach Parteistandpunkten sortiert, sondern um die geschichtspolitische Frage nach dem Umgang mit diesem empirisch gesicherten Wissen in unserer Erinnerungskultur.

Wie können wir die historische Rolle Hindenburgs nun empirisch fundiert beschreiben? Spätestens mit der Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta ist die zentrale Rolle Hindenburgs bei der Auflösung der Weimarer Republik und dem Brückenschlag zur Diktatur unübersehbar geworden. Vor allem hat Pyta mit erdrückendem Quellenmaterial nachgewiesen, dass die Eingriffe Hindenburgs als Reichspräsident in das politische Geschehen, das zur Diktatur führte, sehr bewusste Akte eines zielgerichteten politischen Handelns waren. Hindenburg war nicht das alterssenile Opfer fremder Einflüsterer, wie man das lange zu seiner Rechtfertigung angenommen hat. Er hatte vielmehr ein politisches Ziel, das er schließlich im Bündnis mit Hitler zu verwirklichen erhoffte. Dieses Ziel war die nicht verfassungskonforme Vorstellung einer autoritären, nationalen Einheit oder „Volksgemeinschaft“, die keinen politischen Pluralismus dulden und auch die politischen Gegner dieser Ordnung ausschalten sollte.

Darum hat Hindenburg seit 1929/30 aktiv an der der autoritären Verformung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Zerstörung hingearbeitet. Als sein Projekt einer nationalen „Volksgemeinschaft“ sich nicht mehr ohne die Unterstützung der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen ließ, meinte Hindenburg ,seit November 1932, in der Kanzlerschaft Hitlers einen Ausweg aus der Sackgasse erkennen zu können, in die er und die Vertreter einer nationalen, auf die präsidiale Macht gestützten autoritären Lösung sich selbst manövriert hatten. Alternative Lösungen hätte es aber auch noch im Januar 1933 gegeben. Freilich sollte nach dem Willen Hindenburgs das Bündnis mit der NSDAP zu den Bedingungen der national-autoritären Kräfte und unter deren Kontrolle gestiftet werden. Der „Tag von Potsdam“ vom 21.3. 1933, d.h. die Inszenierung einer „nationalen Erhebung“ des „alten“ und des „jungen“

Deutschlands, versprach scheinbar die Verwirklichung dieses Projekts der nationalen „Volksgemeinschaft, das zwei Tage später mit dem Ermächtigungsgesetz sofort zugunsten Hitlers machtpolitisch umgewichtet wurde und seither alle Züge einer nationalsozialistisch dominierten „Revolution“ annahm. Der gewaltsame Charakter des Nationalsozialismus war allerdings bis dahin schon längst sichtbar. Denn hinter der Inszenierung scheinbarer nationaler Einheit beherrschten bereits im Frühjahr 1933 die brutalen Verfolgung der politischen Opposition und die ersten antisemitischen Gewaltaktionen bzw. Gesetze das politische Bild. Hindenburg hat dennoch bis zum Ermächtigungsgesetz vom 24.3. 33 und darüber hinaus die NS-Politik der Verfolgung und Zerstörung der Rechtsordnung durch seine Notverordnungscompetenz legitimiert und auch danach bis zu seinem Tode 1934 die Etablierung der NS-Gewaltherrschaft billigend hingenommen.

Freilich war die zeitgenössische subjektive Wahrnehmung der Rolle Hindenburgs in den entscheidenden Jahren 1932/33 teilweise anders. Viele hatten auf ihn als Alternative zu Hitler gesetzt, auf das vermeintlich kleinere Übel oder auf den Gegenspieler bzw. letzten Rettungsanker. Das galt für große Teile der deutschen Öffentlichkeit, aber auch für das Ausland. Bald sollte sich das als tragische und fatale Fehleinschätzung herausstellen. Eine Erkenntnis freilich, die sich nur langsam durchsetzte und nur für die wenigsten handlungsleitend wurde.

Das zeigt sich deutlich in der Nachkriegs-Erinnerung an Hindenburg, in der sich diese falschen Bilder fortsetzten. Die Erinnerung an Hindenburg spiegelt darum exemplarisch die Probleme unserer demokratischen Nachkriegsgesellschaft im Umgang mit Herrschaftsformen und Symbolen der nationalsozialistischen Diktatur. Es ging dabei eben nicht nur um die NS-Führungsclique, von der die Massenverbrechen ausgingen und die seit 1945 schon immer dafür verantwortlich gemacht wurde, sondern um die Rolle der traditionellen Herrschaftsträger in Bürokratie, Justiz und Wehrmacht und auch um die vielen anderen Mitläufer, die den Weg dazu geebnet und mitgetragen haben; um die historischen Entscheidungshandlungen und Grenzfälle zwischen einer nationalen-autoritären Tradition und einer totalitären Herrschaftspraxis. Die historischen Verantwortlichkeiten, die sich aus der breiten gesellschaftlichen Mitwirkung ergaben, wurden allzu lange verwischt, in dem die Verantwortung für das Geschehene einzig Hitler und seiner NS-Führungsclique zugesprochen wurde. Es ist jedoch unübersehbar, dass das NS-Regime nur durch diese Kollaborations- und

Konsensbereitschaft bis in die letzten Kriegsjahre funktionieren, während am Ende des Regimes seit 1944 die breite Zustimmung immer mehr bröckelte und durch Terror ersetzt wurde. Damals wie heute stellte sich die eigentlich belastende Frage, wo nun die Trennlinien zwischen einer vermeintlich unbeschädigten preußisch-deutschen nationalen Tradition und den Akteuren bzw. Verantwortlichen für die totalitäre Diktatur gezogen werden? Sie wurden und werden im öffentlichen Geschichtsbewusstsein, weniger in der Geschichtswissenschaft, selten eindeutig gezogen, und sie haben sich mit der Veränderung unseres historischen Wissens verschoben. Dabei geht es nicht nur um die Rolle traditioneller Machtgruppen, sondern auch um das Verhalten der vielen Unbekannten, die die Massengefolschaft und Loyalität fast bis zum Ende sicherten, aber selten auf Straßenschildern auftauchen.

Nicht wenige, wenn auch längst nicht alle Repräsentanten traditioneller Machtgruppen, deren Galionsfigur vor allem Hindenburg war, haben wissentlich oder unwillentlich der freiheits- und menschenrechtszerstörenden Diktatur den Weg geebnet, haben sie legitimiert und haben Ämter in Partei und Staat eingenommen. Sie wurden damit auch Teil des nationalsozialistischen Regimes.

Wie soll man mit einer solchermaßen belasteten Tradition umgehen, wo man sich seit der Gründung der Bundesrepublik um eine strikte normative politische Abgrenzung von der Diktatur bemühte und darauf das politische Selbstverständnis der nachdiktatorialen Ordnung gründete. Können Geschichtsbilder auch heute noch Gültigkeit besitzen, die diese Schnittmengen und Trennlinien nicht sehen bzw. bestimmen und stattdessen nur zwischen einer für alle Untaten des Dritten Reiches verantwortlichen kleinen, radikalen Führungsclique um Hitler und einer großen Mehrheit von Unbelasteten oder allenfalls Mitläufern unterscheiden? Es ist unübersehbar, dass entsprechende Deutungen vor allem in den 1950er und 1960er Jahren eine wichtige Rolle bei der Integration von Millionen von Mitläufern und Anhängern der nationalsozialistischen Diktatur gespielt und damit eine zwar zweifelhafte, aber wahrscheinlich unvermeidliche Stütz- und Entlastungsfunktion ausgeübt haben. Kann ein solches Geschichtsbild aber noch Verbindlichkeit für unsere Gegenwart und Zukunft besitzen?

In dem breiten Spektrum unterschiedlicher Verhaltensformen und Verantwortlichkeiten lassen sich idealtypisch mindestens vier Grundmuster erkennen. Eindeutig fällt das Urteil

über diejenige Gruppe des NS-Führungspersonals aus, die aktiv an Unrechtsmaßnahmen und Massenverbrechen mitgewirkt oder diese verantwortet haben. Sie galten bereits 1945 und danach als nicht mehr erinnerungswürdig und ihre Namen wurden folgerichtig von Straßen und Plätzen entfernt. Schwieriger wird es bei der zahlenmäßig sehr viel größeren Gruppe derer, die aus welchen Gründen auch immer direkt oder indirekt an der Etablierung und Sicherung der Diktatur mitgewirkt haben, ohne sich dabei unmittelbar eines Verbrechens schuldig gemacht zu haben. Das ist die sehr heterogene Gruppe der gesellschaftlichen Funktionsträger und Mitläufer, wie sie in der Nachkriegszeit bezeichnet wurden. Ein weiteres Kriterium, das ihre Haltung zusätzlich charakterisieren kann, ist oft ihr Verhalten nach dem Ende der Diktatur sein: haben sie sich deutlich durch ihr Handeln wie durch ihre Bekundungen davon distanziert, haben sie sich schrittweise den neuen Verhältnissen angepasst, ohne ihre Vorgeschichte öffentlich zu thematisieren oder haben sie wenig oder gar keine Bereitschaft zum Umdenken, zur kritischen Selbstreflexion gezeigt.

Die dritte Gruppe der als „unbelastet“ Eingestuften ist ebenso heterogen und oft nur im Einzelfall genauer bestimmbar, weil es zum Merkmal des sozialen Verhaltens in einer Mobilisierungs- und Konsensdiktatur gehörte, dass auch das Streben nach persönlichem Aufstieg und privatem Glück mitunter zur Verstrickung in das totalitäre System führen konnte.

Zur vierten Gruppe gehören die Wenigen, die sich dem Regime aktiv oder passiv widersetzt haben, oft nach einem schwierigen inneren Ablösungs- und Lernprozess. Ihr Widerstand wurde in der Nachkriegszeit allmählich anerkannt und fand seine Ehrung in einer Reihe von Straßennamen in fast allen Städten, die eine von Stauffenberg- oder von Galenstraße bzw. einen Platz der Weißen Rose haben.

Natürlich gehören alle angesprochenen Verhaltensmuster und (Fehl-)Entscheidungen zu unserer Geschichte, von der man sich nicht durch Verdrängung oder Entsorgung verabschieden kann, sondern stellen muss. Entscheidend für die Erinnerungspolitik ist die Frage, wie weit wir das Spektrum von allgemeinen Handlungsmöglichkeiten und individuellen Haltungen ziehen, das wir zu den erinnerungswürdigen und normsetzenden, weil vorbildhaft wirkenden Traditionsbeständen rechnen und wo die Trennlinie zu den Verhaltensformen und Mustern einer Diktatur liegen, die zwar als Erbe und Belastung auf uns gekommen sind, die wir aber nicht für erinnerungs- und traditionswürdig halten.

Die öffentlichen Debatten um die Straßennamen, die seit 1945 geführt werden, zeigen den schwierigen Umgang mit diesem Erbe. Das gilt auch und besonders für die Geschichte der Hindenburg-Straßen nach 1945. Zu einer flächendeckenden Umbenennung der vielen meist zentral gelegenen Hindenburg-Straßen und Plätze ist es nach 1945 nicht gekommen. Noch heute gibt es über 400 Namensgebungen dieser Art, nachdem ihre Zahl um 1946/48 über 1200 betrug.

Eine erste Welle der Umbenennungen gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit. In Münster wurde die Hindenburgschule 1945 in Kreuzschule umbenannt, in Hilstrup verschwand eine Hindenburgstraße; die Empfehlung einer interfraktionellen „Kommission zur Namensänderung von Straßen und Plätzen nach bekannten Militaristen“ vom November 1946, den Hindenburgplatz wieder in Neuplatz umzubenennen, versickerte freilich politisch und wurde dem Rat in den folgenden Monaten nicht mehr zur Entscheidung vorgelegt. Auch andernorts waren die Entscheidungen sehr uneinheitlich und vom sich wandelnden Zeitgeist, der bald im Sog des Kalten Krieges stand, bestimmt.

Ein weiterer Faktor der Unsicherheit im Umgang mit den Hindenburgstraßen stellt der Zeitpunkt und damit auch der Bezugspunkt der Ehrung dar, und das hat sich bis heute so erhalten. Sollte der Weltkriegsgeneral, der „Held von Tannenberg“ geehrt werden oder der Reichspräsident, der „Retter“ und „Treuhandler“ der scheinbar geeinten Nation bzw. der Schutzherr der „nationalen Erhebung“ von 1933 und damit der Steigbügelhalter Hitlers? In einigen Städten gab es seit 1914 bereits Hindenburg-Ehrungen, in vielen zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten 1927. In Münster beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats Anfang Oktober 1927 „unter lebhaftem Beifall des Hauses“ den bisherigen Neuplatz in Hindenburgplatz umzubenennen. Begründet wurde diese Ehrung mit den Verdiensten Hindenburgs. Man nannte ihn einen „in Krieg und Frieden gleichmäßig bewährten, vorbildlichen Vaterlandsfreund“. Immerhin beschloss man 1927 gleichzeitig den Hansaplatz in Friedrich-Ebert-Platz umzubenennen.

Heißt das nun, dass man die unterschiedlichen Intentionen und Zeitpunkte der Ehrung berücksichtigen und vielleicht die Hindenburg-Straßen dort beibehalten soll, wo Hindenburg bereits 1914 oder spätestens 1927 geehrt wurde, während die politische Instrumentalisierung durch das NS-Regime, das 1933 fast überall neben dem Adolf-Hitler-Platz auch eine Hindenburgstraße einrichtete, (der Hindenburg nie widersprochen hat), zum

Ausschluss führen kann oder muss. Diese Differenzierung wäre sicherlich Ausdruck einer Historisierung der historischen Rolle und mehr noch der zeitgenössischen öffentlichen Wahrnehmung Hindenburgs; sie entspräche dem diskursiven Verfahren der Geschichtswissenschaft, die die Motive der historisch Handelnden in ihrer jeweiligen Zeit ernst zu nehmen hat. Für eine Erinnerungspolitik, die im historischen Rückblick vor allem eine normativ und affektiv bestimmte Auswahl trifft, kann das Argument der Historisierung kaum gelten. Vor allem übersieht diese Trennung, wie vielschichtig der Hindenburg-Mythos. Auch die Erinnerungsschichten, die sich während des Ersten Weltkrieges um den „Helden“ gebildet hatten, flossen in das Hindenburg-Bild ein, das 1933 zur Etablierung und Rechtfertigung der NS-Diktatur eingesetzt wurde. Eine Differenzierung, die post festum vorgenommen würde, würde gerade diese nationale Gemengelage und Mehrdeutigkeit übersehen bzw. nicht wahrhaben wollen, welche verhängnisvolle Rolle der Hindenburg-Mythos 1933 gespielt hat und dass dadurch alle andere Erinnerungen überlagert werden.

Natürlich kann, um ein weiteres Argument aus der aktuellen Diskussion aufzugreifen, Erinnerung auch verblassen, und es ist nicht auszuschließen, dass im Jahre 2011 die Wenigsten noch Hindenburg oder die Motive der Hindenburg-Ehrung von 1927 kennen. Das Argument, das sich an diese Beobachtung anschließt, und meistens darauf verweist, dass einem Straßenschild darum eigentlich nur noch die Bedeutung einer historischen Quelle in einer Art Museum zukäme, würde gerade die Appell- und Zeichenfunktion von Straßennamen übersehen. Wer zudem argumentiert, dass man auch die Leidenschaften und Verirrungen, die sich hinter solchen überkommenen Namensgebungen verbergen, akzeptieren müsse, der läuft Gefahr, die Verführungs- und Zerstörungskraft der totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts kleinzureden.

Wenn die historischen und geschichtspolitischen Argumente eindeutig für einen kritischen Umgang mit dem Straßennamen Hindenburg sprechen, bleibt die Frage, welche Form des öffentlichen Umgangs sich aus dieser Einsicht ableiten lässt. Eine Entsorgung der Vergangenheit durch die bloße Abnahme der Straßenschilder wäre mit Sicherheit der falsche Weg. Die historisch-politische Aufklärung über die Rolle Hindenburgs, auch in Kurzform, ist umgekehrt ein schwieriges und diskussionsbedürftiges Unterfangen. Einerseits wäre es denkbar, den Straßennamen Hindenburg zu erhalten und nur mit einer zusätzlichen Schrifttafel auf die historische Rolle Hindenburgs zu verweisen. Damit könnte aber die

historische Aufklärung über Hindenburg sehr bald den Kürzeren ziehen, weil der Beibehaltung des Namens auf dem Straßenschild das größere und sichtbare Gewicht zukäme; denn Erinnerung ist stets mit affektiven Haltungen und Wahrnehmungen verbunden und das könnte andere kritischer Wahrnehmungen an den Rand drängen. Überzeugender und wirksamer ist die umgekehrte Lösung, nämlich die Umbenennung (bei allen Schwierigkeiten, sich auf einen neuen Namen zu einigen) mit einer gleichzeitigen und zusätzlichen Information auf einem Zusatzschild über die Motive der einstigen Ehrung und der heutigen Umbenennung. Sie markierte den politischen Willen zur Veränderung und zur historischen Aufklärung. Auch wenn ein Zusatzschild keine langen Ausführungen verträgt, bestünde mit dieser Lösung, die auch für die anderen belasteten und zur Diskussion stehenden Straßen gelten könnte, die Chance, aus der Geschichte von Straßennamen wirklich ein begehbare Geschichtsbuch zu machen.